

Anders die sozialistische Presse. Das Organ des A. und S. Kates, Inwestija, meint, der Minister habe keine Antwort auf die Frage gegeben, die das russische Volk jetzt am meisten beschäftigt, nämlich: Was tut die Regierung, um den Frieden, der so glühend in Rußland und in Deutschland herbeigesehnt wird, herbeizuführen? Die russische Demokratie sei bereit, jeden Kampf für die Befreiung der unterdrückten Nationen zu unterstützen; aber die Fortsetzung des Krieges aller bis zur Befreiung aller Völker Oesterreich-Ungarns bedeute seine Fortsetzung in die Unendlichkeit. Die Regierung möge sich den Wünschen des russischen Volkes nähern, den Krieg beendigen und einen demokratischen Frieden schließen. — Rabotschaja Gazeta, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, bemerkt, das Land habe von dem Minister eine Erklärung erwartet, wie er sich zur auswärtigen Politik Rußlands stellt, statt dessen hielt er einen Vortrag über die hauptsächlichsten politischen Strömungen in Deutschland. — Nowaja Schisn, das Organ der Maximalisten, erklärt, die Rede Tereschtschenko sei nicht genügend von dem friedliebenden Geiste durchdrungen, ohne den nichts den irren Lauf Rußlands zum Abgrund aufhalten könne.

Auch in Rußland muß die Tätigkeit der Demokratie auf die Regierung einwirken, um sie zur Anerkennung ihrer Friedensziele zu zwingen. Die Koalitionsregierung, und namentlich ihr Minister des Aeußern, Tereschtschenko, hat sich dem bisher immer widersetzt. Auch dieser Widerstand muß überwunden werden.

Die Krise vor der Entscheidung?

Noch ist keine Lösung der Kanzlerkrise erfolgt, aber wenn man den Berliner Blättern glauben darf, so steht die Entscheidung jeden Augenblick an zu erwarten. Die Germania, die als führendes Zentrumblatt in diesem Falle besonders befragt erscheint, erklärt in ihrer gestrigen Nachtausgabe, daß eine glückliche Beseitigung der Hindernisse zu erwarten sei, die sich der Ernennung des Grafen Hertling noch entgegenstellten. Man rechnet offenbar auch schon allgemein damit, daß der bisherige bayrische Ministerpräsident der nächste Reichskanzler werden wird. Der Vorwärts teilt mit, daß die Verhandlungen der Parteien mit diesem Kandidaten, die fast schon geschlossen schienen, durch das Eingreifen des Staatssekretärs n. R. Kühmann eine günstige Wendung genommen hätten. Er rechnet damit, daß schon der heutige Tag die Ernennung bringen könne. Die Schwierigkeit, die sich aus der bayrischen Staatszugehörigkeit Hertlings in bezug auf die preussischen Angelegenheiten ergibt, würde nicht durch die fast alleinig verworrene Trennung des Kanzlerpostens von dem des Ministerpräsidenten beseitigt werden, sondern durch die Ernennung eines Stellvertreters des Ministerpräsidenten. Als solcher wird der nationalliberale Landtagsabgeordnete Friedberg genannt, der also die Aufgabe hätte, die preussische Wahlreform durchzuführen. Daß er dazu der geeignete Mann sei, erscheint dem Vorwärts freilich schon nicht sicher, was bei der politischen Vergangenheit dieses ziemlich weit rechts stehenden Nationalliberalen nicht verwunderlich ist. Von Begeisterung für die Gleichheit des Wahlrechts ist bei Herrn Friedberg nie etwas zu bemerken gewesen. Und eine Demokratisierung, die unter seiner Führung zu Lande käme, würde jedenfalls ein merkwürdiges Ding sein. Aber Herr Friedberg will den bürgerlichen Parteien des Reichstagsabbaus anscheinend als ein großes Zugeständnis an ihre Forderung der „Parlamentarisierung“ erscheinen, die sie als Ersatz für das vom Zentrum, von dem größeren Teil der Nationalliberalen und ebenso von dem Grafen Hertling abgelehnte parlamentarische System einsehen wollen. Diese Parlamentarisierung soll bekanntlich unter anderem in der Ernennung führender Parlamentarier zu Ministern und Staatssekretären bestehen. Und Graf Hertling soll bereit sein, außer dem Herrn Friedberg noch einige andre solche Parlamentarisierungsmänner zu ernennen. Es verleiht, daß zu seinem Stellvertreter im Reich der Fortschrittler v. Payer aussersehen sei, und zum preussischen Handelsminister ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter, vermutlich der Herr Dove. Reichskanzler Dr. Helfferich soll sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht haben; dasselbe erwartet man von dem Staatssekretär des Reichsernährungsamts, dem Herrn v. Waldow, dem eifrigen Antrager gegen die preussische Wahlreform nachgesetzt wird. Wer als Nachfolger in Frage kommt, ist noch unbekannt.

Außer den Parlamentarisierungsmännern soll Graf Hertling den Parteien der Reichstagsmehrheit die völlige Anerkennung ihres vor einigen Tagen aufgestellten Minimalprogramms bieten, mit alleiniger Ausnahme ihrer Forderung auf Aufhebung des letzten Absatzes im Artikel 9 der Reichsverfassung, der die Unvereinbarkeit gleichzeitiger Mitgliedschaft im Reichstage und Bundesrat ausdrückt. Sonst aber werden die Forderungen des Programms freiwillig, vor allen Dingen eine rasche und loyale Durchföhrung der preussischen Wahlreform zugesichert, die Aufhebung der politischen Zensur zugesprochen und eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen der Militärbehörden nach dem politischen Gebiet versprochen. In der Sozialpolitik hat sich Graf Hertling mit der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung (der bekannten Ausnahmebestimmung gegen streikende Arbeiter) und mit der Schaffung eines Arbeitskammergesetzes einverstanden erklärt. In der äußeren Politik bestand zwischen ihm und der Reichstagsmehrheit ja ohnehin kein Gegensatz, nachdem sich die Letztere von der Friedensresolution des 19. Juli auf die Antwortnote an den Papst zurückgezogen hatte. Der Miß, der in der esch-lothringischen Frage zwischen Hertling und der Mehrheit besteht, wird durch die etwas kühn klingende Behauptung gestiftet, seine Aeußerungen im bayrischen Landtage seien entstellt nach Berlin berichtet worden; er sei kein Gegner der Autonomie der Reichslande.

Das wären also die Grundzüge des Kompromisses zwischen Mehrheit und dem Kanzlerkandidaten. Große Befriedigung scheint darüber nur im Zentrum zu herrschen. Das Berliner Tageblatt kann noch keinen Gewinn für die Politik der Linken erkennen und der Vorwärts äußert sich zurückhaltend und begrüßt es beinahe, daß kein Sozialdemokrat in die Regierung eintreten wird, was das Gute habe, daß die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Dinge den bürgerlichen Mittelparteien auferlegt werde, die Sozialdemokratie aber kritische Bewegungsfreiheit behalte und vor dem Problem des Ministerialismus bewahrt bleibe. Da er aus dem niederen politischen Ergebnis eines Kabinetts Hertling nicht viel machen kann, bemüht er sich, wenigstens einen Fortschritt insofern nachzuweisen, als die Art, wie die Ernennung des nächsten Reichs-

kanzlers zustande komme, eine Annäherung an das parlamentarische System bedeute. Man spürt fast aus jedem Worte die Verlegenheit und die Unsicherheit.

Am Mittwoch sind die interfraktionellen Besprechungen unter den Mehrheitsparteien erneut aufgenommen worden. Sie dauerten den ganzen Tag an und werden heute noch fortgesetzt. Gleichzeitig sollen die Verhandlungen der Parteiführer mit Hertling weitergeführt werden. Um die heutige Mittagsstunde dachte man zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, worauf sich Graf Hertling zum Kaiser begeben werde, um ihm den Ausgang der Verhandlungen mitzuteilen. Es könnte dann also noch heute die Ernennung bekanntgegeben werden.

Vom Tage.

Die deutsche Verwaltung in Belgien hat sich alle Mühe um die Blamierung Gents gegeben. Sie hat eine Universität dort gegründet, die als ein Zentrum der Blamierungsbestrebungen gedacht ist. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung teilt stolz mit, daß diese Universität bereits 53 Professoren und daneben nicht ganz 250 Studenten zählt. Ein verblüffender Erfolg!

Bei Besprechung der Berufung des Generalsekretärs Stegerwald ins preussische Herrenhaus leistet sich die J. R. einen bemerkenswerten Streich. Sie schreibt:

„Das preussische Herrenhaus wird den Arbeitern dadurch, daß man ein paar Arbeitervertreter hereinsetzt, nicht sympatischer werden. Immerhin ist es unbegreiflich, daß, wenn bei der Regierung solche Absichten bestehen, nicht endlich die Arbeitskammern geschaffen werden, die allein als Wahlkörper für das Herrenhaus in Betracht kämen.“

Während man nicht nur in der gesamten Sozialdemokratie, sondern auch in allen liberalen Kreisen darin einig ist, daß das Herrenhaus überhaupt keine Existenzberechtigung hat und je schneller desto besser von der „Neuorientierung“ beseitigt wird, sehnen sich die Meister der J. R. nach einem „Wahlkörper“ für das Herrenhaus, wozu ihnen die Arbeitskammern ohne weiteres geeignet sind. Auf solche Weise sucht der Regierungssozialismus die Arbeiter zu „praktischer“ Politik zu erziehen.

Auf dem Parteitag der französischen radikal-sozialistischen Partei in Paris hat die Richtung des früheren Ministerpräsidenten Caillaux entscheidenden Einfluß ausgeübt. Die Krisen des Kabinetts Painlevé führten in einer Präzisierung der Stellung der Partei zu neuen Ministerien. Caillaux wies darauf hin, daß er selbst im August 1914 für ein Koalitionskabinett eingetreten sei, weil er an einen kurzen Krieg geglaubt habe. Der Krieg zöhe sich nun aber schon über drei Jahre hin, und die Formel von 1914 habe dazu geführt, gerade diejenigen Politiker aus der Regierung zu drängen, die bei den Wahlen im Mai 1914 durch das allgemeine Stimmrecht dazu berufen waren. Er stellte einen Antrag auf Verschärfung der Parteidisziplin. Der radikale Parteitag hat den Antrag angenommen. In Zukunft sollen Mitglieder der Partei nur mit Zustimmung der Fraktion und des Zentralkomitees in ein neues Kabinett eintreten dürfen, wenn sie nicht aus der Partei ausgeschlossen werden wollen. Ferner wählte der Parteitag zum Vorsitzenden des Zentralkomitees den Senator Debierre mit 152 gegen 124 Stimmen. Debierre steht auf dem äußersten linken Flügel der Partei und war regelmäßiger Mitarbeiter des Bonnet Rouge.

Italien muß von der Entente militärisch und wirtschaftlich gestützt werden, wenn es nicht völlig zusammenbrechen soll. Bisher war das Wirtschaftsleben in Italien nur durch die Hilfe der Entente aufrecht zu erhalten. Das amerikanische Schahamt hat erst in diesen Tagen Italien 200 Millionen Dollar geliehen, damit die Kohlen und andern Vorräte, die von Italien in Amerika angekauft worden waren, bezahlt werden konnten. Diese Hilfe ist jedoch so bemessen gewesen, daß trotzdem erste Schwierigkeiten in Italien nicht ausgeblieben sind. So hat nach einer Genfer Mitteilung Italien von den 200 000 T. Kohlen, die ihm monatlich von England zugesichert sind, nur einen so kleinen Teil erhalten, daß in der Kriegsversorgung erhebliche Störungen aufgetreten sind.

Die innere Krise ist durch die Ernennung des Kabinetts Orlando äußerlich geschlossen. In der Spitze dieser Regierung steht ein Opportunist vom reinsten Wasser. In der Regierung sitzt neben den entschiedenen Interventionisten Sonnino und Bissolati der Giolittianer Nitti. Aber dieses Ministerium, das so widersprechende Elemente in sich vereinigt, muß Rücksicht nehmen auf die überaus schwierige Lage, in die Italien gekommen ist und in der mehr Wert als bisher auf die Stimmung im Volke gelegt werden muß. Das Zustandekommen dieser Koalitionsregierung bedeutet nicht, daß die Partei der Giolittianer nun auf ihre Ziele verzichtet. Ihre Kammergruppe, die jetzt 142 Abgeordnete zählt, hat vielmehr in der Kammer einen Antrag eingebracht, der für eine gehörende Beantwortung der Papstnote und für die Bereitwilligkeit, über den Frieden zu verhandeln, eintritt und einen Beschluß der Kammer hierüber verlangt.

Der Minister des Aeußern, Sonnino, hat bisher eine Beantwortung der Papstnote im Sinne dieses Antrags abgelehnt, wenn er auch in seiner letzten Rede über die italienischen Friedensziele stark gedämpfte Töne angeschlagen hat. Er wird in dieser Koalitionsregierung seine interventionistische Tonart wohl noch weiter dämpfen müssen.

Am 25. Oktober hat in Dublin der Sinn-Fein-Konvent getagt, der aufs neue die völlige Unabhängigkeit Irlands proklamiert hat. Die revolutionäre irische Nationalpartei hat sich eine neue Verfassung gegeben. Sie bezeichnet die Proklamation Irlands zur Republik Ostern 1916 als endgültig, spricht England und jedem andern Lande das Recht der Geseßgebung in Irland ab und hält die Mitglieder dazu an, mit allen Mitteln Englands Macht, Irland durch militärische und sonstige Mittel unter dem Joch zu erhalten, zu brechen.

Die unter der neuen Verfassung gewählten Offiziere sind Präsident Devalera, die Vizepräsidenten Griffith und Pater-

Donnagan, die Schatzmeister Cosgrave und Sinnel, beide Unterhausmitglieder, die Sekretäre Stach und Higgins.

Ferner wurde ein Volksgesandtschaft von 21 Personen eingeseßt, darunter Graf Plunkett, zwei Priester und vier Frauen, darunter die Gräfin Maliewicz und die Witwe des hingerichteten Oster-Rebellen Joseph Plunkett.

Der vom Konvent angenommene Organisationsplan Devaleras strebt die Durchföhrung des gesamten öffentlichen Lebens Irlands mit Sinn-Fein-Grundsätzen an, und zwar einerseits durch Vergrößerung der bestehenden und Gründung von neuen Sinn-Fein-Klubs, andererseits durch organisierte Bemühungen, allenthalben in Grasschaftsversammlungen Sinn-Fein-Mehrheiten zu gewinnen.

Die Lage in Rußland.

Eine Revolution der Bolschewiki?

Kopenhagen, 31. Oktober. Nach Petersburger Telegrammen laufen andauernd Gerüchte um, daß die Bolschewiki am 2. Nov. mit Unterstützung der Monarchisten eine große Kundgebung planen. Von der Regierung und den übrigen Parteien werden Vorbereitungen getroffen, um die Pläne der Bolschewiki zu durchkreuzen. Es werden von der Regierung überall Truppen bereitgehalten, um den Aufruhr, der den Charakter einer Gegenrevolution haben soll, mit Waffengewalt zu dämpfen.

Petersburg, 30. Oktober. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Bürgermeister von Petersburg ließ einen Aufruf an die Bevölkerung anschlagen, in welchem er erklärt, daß die Provinzen, welche Mord erzeuften, die Hauptstadt nicht mehr beliefern wollten, die hierdurch erullich mit Hungernot bedroht sei. Gleichzeitig fordert der Bürgermeister die Einwohner auf, Ruhe zu bewahren, denn Außerordnungen, welche den Transporthilfen noch mehr gestörteten, könnten diese Hungernot zu einer unmittelsbaren machen.

Angesichts der andauernden Gerüchte, daß die Maximalisten eine bewaffnete Erhebung vorbereitet, hat der Militärgouverneur von Petersburg, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, alle Versammlungen, Umzüge und Kundgebungen untersagt und fordert die Soldaten der Garnison Petersburg auf, nicht in die Falle der Provokateure zu gehen, sondern ruhig zu bleiben.

Aufhebung von Todesurteilen.

Petersburg, 30. Oktober. Rabotschaja Gazeta bringt ein Telegramm Kerenkows, das bis auf weiteres die Vollstreckung von Todesurteilen an der Front verbietet.

Die Krise in Spanien.

Bern, 20. Oktober. Pariser Blätter melden aus Madrid: Der König hatte gestern Besprechungen mit dem Kammerpräsidenten und mit dem Senatpräsidenten, der dem König anriet, das sein Vertrauen zu erneuern. Dieser werde die Cortes einberufen. Andernfalls würden die Liberalen wieder die Macht übernehmen. Der Kammerpräsident hielt angesichts der ersten Lage die Bildung eines Kabinetts der nationalen Zusammenfassung für notwendig, dessen Vorsitz Garcia Prieto übertragen werden sollte. Der König erklärte, er werde heute noch die verschiedenen Parteiführer, darunter Maura, Romanones, Prieto, Velada und Zaca zu Rate ziehen. Die Freunde Zacos versichern, dieser werde unter keinen Umständen das Amt des Ministerpräsidenten wieder übernehmen.

Madrid, 30. Oktober. Die alten demokratischen Minister vereinigten sich unter dem Vorsitz von Alhucemas und erklärten einstimmig, alle Bemühungen zur Bildung eines nationalen Kabinetts abzuweisen, da eine von Sanchez Zaca gebildete Regierung immer noch rechts neigen würde, während die demokratische Partei eine entschiedene Orientierung nach links verlangt.

Zaca lehnte die Kabinettsbildung ab, nachdem Prieto und mehrere andre Monarchisten ihm die Unterstützung versweigert hatten. Man glaubt, daß der König Prieto berufen wird.

Madrid, 31. Oktober. (Havas.) Der König beriet heute mit Prieto. Nach dieser Besprechung erklärte Prieto, er sei nicht beauftragt worden, ein Konzentrationkabinett aus den Parteien der Linken zu bilden.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 31. Okt. Amtlich. Neue U-Boot-Erfolge im Kermelkanal 17 000 B. K. T. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große Passagierdampfer, von denen einer bewaffnet war und nach der während des Sinkens erfolgten Detonation zu urteilen Munitionsladung führte.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Neue Kämpfe in Flandern.

Wolffs Bureau teilt mit: Während in Italien der unerhörte Siegeslauf der Verbündeten seinen geplanten Fortgang nimmt, hat die deutsche Flandernarmee den Engländern am 30. Oktober wiederum eine schwere blutige Niederlage bereitet. Dort haben sich in der letzten Woche die Pausen zwischen den einzelnen Großangriffen verringert. Nach dem schweren Niederbruch der englisch-französischen Massenangriffe am 22. und 20. Oktober begann am 30. Oktober nach stürzender Artillerievorbereitung und langandauerndem Trommelfeuer der englische Angriff gegen die Front vom Houthouffer Walde bis zum Kanal von Holbeck. Trotz Regenwetters warf der Feind durch den schlammigen Sumpf der Trichterfelder gegen unsere Linien gewaltige Meisen vor, denen dicke Wasserden folgten. Am Passchendale ballte sich die Hauptmacht feindlicher Angriffe zusammen. Vier gelang dem Gegner unter schweren Verlusten ein Einbruch über den Ort hinaus. In hartem wechselvollem Ringen wurde der Ort jedoch durch unsere kräftigen Gegenstöße völlig zurückerobert. In die wichtigsten Reihen der Engländer, die im Schlamm verlinkend, die schwebenden Ziele hielten, schlug das Besatzungsfeuer unfrer Batterien und Maschinengewehre. Dennoch schritt der Gegner später wiederholt zu neuen Angriffen gegen den Ort, die sämtlich unter ungeheuren Opfern für den Angreifer im Feuer, Nahkampf und Gegenstoß scheiterten. Die heftigsten der Schaulustigen Fern- und Mittelnahkampf Angriffe wurden zum Teil schon während der Vorbereitungen zum Angriff von unserm Feuer wirksam gestoppt. An den meisten Stellen kamen sie über die erste Verteidigungslinie hinaus oder brachen in unserm gutgestellten Abwehrfeuer blutig zusammen. Am 12 Uhr mittags setzte ein starker feindlicher Stoß in Gegend Voelkapelle ein, der restlos abgewiesen wurde. Hier wiederholte der Gegner um 5 Uhr nachmittags seine starken festgestellten Angriffe gegen unsere Front von Voelkapelle bis östlich Zonnebeke.

In erbitterten Kämpfen wurde trotz stürzenden Menschenmades der feindliche Angriff unter außerordentlich hohen Feindverlusten abgeschlagen. Am Abend des für den Feind so blutigen Tages wurden dicke feindliche Ansammlungen bei Voelkapelle durch unsern zusammengefaßtes Feuer zersprengt. Der einzige Gewinn der versetzten englischen Anstrengungen besteht in einer geringen Ein-